

Link zur Seite: <https://www.wp.de/staedte/kreis-olpe/attendorn-auf-der-jagd-nach-dem-durchstecher-id211925809.html>

Attendorn auf der Jagd nach dem Durchstecher

14.09.2017 - 17:30 Uhr

ATTENDORN. Ist die Hansestadt jetzt am Ende? Wolfgang Teipel (CDU) ist schockiert. Teile seiner Fraktion haben Neuigkeiten aus der Zeitung erfahren

Mit „Ich war’s nicht“ eröffnete der UWG-Fraktionsvorsitzende Winfried Richard am Mittwoch Abend im Haupt- und Finanzausschuss die Spekulationen über denjenigen, der geheime Informationen aus dem Rathaus an die Presse „durchgestochen“ hat.

Anlass war ein Antrag der gelb-grünen Fraktion, in dem FDP und Grüne fordern, dass sich die Stadt künftig finanziell gezielt in der Innenstadt einbringt, um die Entwicklung zu fördern.

Auf verlorenem Posten

Allerdings stand Marius Becker, der Gelb/Grün im Hauptausschuss vertritt, von Anfang an auf verlorenem Posten, obwohl auch er seinen Vortrag mit „Wir waren es nicht“ einleitete. Insbesondere in der CDU scheint die der Sitzung vorausgegangene Detektivarbeit zu dem Ergebnis gekommen zu sein, dass der Autor des Textes („Ein Sauerstoffzelt für den Kämmerer, bitte“) aus lauter Dankbarkeit für die gelieferten Hintergründe seinen Informanten in Zeile 17 gleich öffentlich macht. Respekt!

Wobei Becker sich mit seinem Anschiss für den unbekanntem Informanten eigentlich von niemandem übertreffen lassen wollte: „Derjenige, der da gequatscht hat, sollte sich in die Ecke stellen und mal eine Stunde in sich gehen.“

Im Kern geht es Warias und Becker darum, dass die Stadt an den Stellen, an denen es der Markt nicht richtet, zum Wohle der Stadt finanziell interveniert.

Ein Ansinnen, das im Grunde von allen geteilt wird, am Mittwoch aber mit 10:1 abgeschmettert und in den parlamentarischen Staub getreten wurde. „In dieser allgemeinen Form nicht zustimmungsfähig“ für die UWG (Richard), „so überflüssig wie ein Kropf“ für die CDU (Ohm), „Wahlkampf“ für die SPD (Ewers). Wolfgang Teipel, CDU („Ich war geschockt“), bedauerte, dass Teile seiner Fraktion die Neuigkeiten aus der Zeitung erfahren hätten.

Nicht in trockenen Tüchern

Bürgermeister Pospischil bestätigte, dass die Verwaltung in der beschriebenen Richtung Gespräche führe, warnte aber davor zu glauben, dass alles schon in trockenen Tüchern sei: „Das ist nicht der Fall.“ Er bekräftigte aber auch die Entschlossenheit der Stadt, sich finanziell zu engagieren: „Ja, es stimmt, wir werden Geld in die Hand nehmen.“

Aber auch er sah keine Notwendigkeit für den gelb-grünen Antrag: „Das ist Schattenboxen. Wenn wir ihn annehmen passiert das Gleiche, wie für den Fall, dass wir ihn ablehnen. Er beschreibt das, was wir sowieso machen.“

Schlechte Laune

Von ihrer schlechten Laune konnten die Ausschussmitglieder auch noch etwas in den Tagesordnungspunkt 5, „Kunst im öffentlichen Raum“ retten. Anna Orsini, Marlies Backhaus, Susanne Siewer-Wolter und Jan Backhaus hatten einen Antrag zur Bewilligung von drei Projekten für Kinder und Jugendliche gestellt:

1. **„Weg der Kinderrechte“**: Dabei sollen überdimensionale, bunte Lollis an den Wällen aufgehängt werden, auf denen Kinderwünsche wie: „Ich wünsche mir, dass jedes Kind ein gutes Zuhause hat“ beschrieben werden.
2. **„Attendorn im WANDel“**: Im Rahmen dieses Projektes soll eine Wand Im Hohl mit Graffiti gestaltet werden.
3. **„Wall of Generations“** ist eine große Porträtwand aus vielen verfremdeten Fotos von Menschen aller Altersstufen, die auf dem Mehrgenerationenplatz aufgestellt werden soll.

Eigentlich waren die meisten Diskussionen überflüssig, da die Antragsteller vor der Sitzung die Projekte 2 und 3 zurückgezogen hatten. Trotzdem gab es giftige Bemerkungen gegen die Vorlage der Verwaltung, die 1 und 3 genehmigt hätte, die Graffiti-Wand aber ablehnen wollte, weil sie gegen die Altstadtsatzung verstoße. Der Knackpunkt in allen drei Projekten scheint aber die Finanzierung zu sein.

Die Antragsteller hatten angegeben, dass das Projekt durch das Landesprogramm „Kulturrucksack NRW“ finanziert werde. Finanziert stimmt nicht, unterstützt ist richtig. 4000 Euro stehen zur Verfügung. Für die Stadt bliebe nach Einschätzung von Carsten Graumann ein fünfstelliger Betrag, über den am Mittwoch aber nicht mehr gesprochen wurde.